

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Fermuzl Nr. 20,
Vostsch Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1830.
Strohofstr.
Riesa Nr. 52.

Nr. 145.

Donnerstag, 25. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Alle den Post des Eintrags von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 49 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (8 Silben) 26 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Neulandzeile 100 Gold-Pfennige; getrauben- und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag veräußert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Ferdinand Reichgraber, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Französische Antwort an Washington. Amerika bleibt fest. — Deutsch-französische Zusammenkunft.

Die französische Erklärung.

Paris, 24. Juni. Die führenden Nachmittagsblätter beschäftigen sich eingehend mit der französischen Antwort an Amerika. Die französische Erklärung, die in Paris erst am kommenden Freitag veröffentlicht werden wird, umfaßt vier Schreibmaschinenseiten und ist in äußerst höflichem Tone gehalten.

In der Einleitung bezieht die französische Regierung die noblen Absichten Hoover's und betont, daß ein Entwurf zu Gunsten der durch die Krise besonders betroffenen Länder nicht ohne ihre Zustimmung sein werde. Frankreich habe bereits gewisse Teile seines guten Willens abgelegt und versuche, im Geiste einer aktiven Zusammenarbeit die Schwierigkeiten zu beheben, die in Mitteleuropa aufzutreten seien. Die französische Regierung weilt dann auf die eigene Finanz- und Haushaltslage hin, die im Laufe des letzten Jahres schwieriger geworden sei und die der Regierung zur Pflicht mache, die ihr vorgeschlagenen Maßnahmen gewissenhaft zu prüfen.

Wom Rechtshandpunkt aus sei es der französischen Regierung außerordentlich unbillig, an den Vorschlag zu verzichten, der hierlich unterzeichnet worden sei und wonach die Reparationen eine geheiligte Schuld darstellten. Eine Aufhebung der ungeliebten Zahlungen würde eine erste Verletzung gegenüber dem Vorschlag bedeuten, die für uns gefährliche Nachwirkungen haben könnte. Der Vorschlag sei außerdem vom französischen Parlament ratifiziert und die französische Regierung habe daher nicht das Recht, irgendwelche Veränderungen anzubringen, ohne das Parlament vorher zu befragen.

Um dem weitverbreiteten Unternehmern des amerikanischen Staatspräsidenten die Hilfe im Rahmen des Möglichen, jedoch nicht zu versagen, schlägt die französische Regierung ein Kompromiß vor, das zugleich die Aufrechterhaltung des Vorschlags und eine Unterbrechung Deutschlands bedeutet. Dieser Kompromißvorschlag geht dahin, daß Deutschland in diesem Jahre, wie in allen anderen, den ungeschuldeten Teil der Reparationen in Höhe von 512 Millionen Mark abbezahlt. Zum Unterschied von anderen Jahren soll diese Zahlung jedoch nicht in Auslandsbörsen, sondern in Reichsmark erfolgen und außerdem an die R.B. abgeliefert werden. Der Frankreich zuzurechnende Teil soll von der R.B. auf das Konto Frankreichs eingetragen werden, so daß die Form vollkommen gewahrt bleibt. Die französische Regierung ermächtigt die R.B. jedoch zu gleicher Zeit, diese Summe dem Reich in Form von Anleihen zur Verfügung zu stellen. Am Schluß ihrer Antwort gibt die französische Regierung der Hoffnung Ausdruck, daß ihre Vorschläge die ungeteilte Zustimmung des amerikanischen Staatspräsidenten finden werden.

Franreichs und Italiens Antwort überreicht

Washington, 25. Juni.

Der französische Botschafter überreichte am Mittwoch Staatssekretär Stimson den Text der Antwort der französischen Regierung auf den Vorschlag Hoovers.

Der italienische Botschafter hat Mittwoch Staatssekretär Stimson die Antwort Mussolinis auf Präsident Hoovers Vorschlag überreicht. In der Antwort heißt es, daß die italienische Regierung dem Vorschlag grundsätzlich annimmt. Mussolini behalte sich aber vor, zu einem späteren Zeitpunkt gewisse Vorschläge zu einer internationalen Zusammenarbeit, die auch in Hinblick auf die kommende Abrüstungskonferenz von wesentlicher Bedeutung sei, zu unterbreiten.

Schwierigkeiten bei der Uebersetzung der französischen Antwort in Washington.

Washington, 24. Juni. Die Mitteilung, daß der französische Botschafter Claude Staatssekretär Stimson die französische Antwort zum Vorschlag des Präsidenten Hoover überreicht habe, wurde später von höheren Stellen dahin richtiggestellt, daß Botschafter Claude lediglich vom Referenten für Westeuropa kurz empfangen worden sei. Man fügte hinzu, daß man eine Auskunft darüber, ob die Note übergeben wurde, nicht ablehne.

Staatssekretär Stimson hatte im Weißen Haus eine längere Konferenz mit Präsident Hoover, dem stellvertretenden Schatzsekretär Wills und dem Führer der republikanischen Senatsfraktion, Senator Watson. In der Presse wird hieraus gefolgert, daß man wahrscheinlich die französische Antwortnote als nicht formell empfangen betrachtet wolle in der Erwartung, die französische Regierung zu einem größeren Entgegenkommen bewegen zu können. Die bereits früher gemeldete Meinung Stimsons, man werde von dem Grundprinzip des Vorschlags Hoovers nicht abweichen, erfolgte, nachdem der Staatssekretär kurz den

Botschafter der Vereinigten Staaten in Paris, Edge, über den Inhalt der französischen Antwort unterrichtet worden war. In Regierungskreisen vertritt man den Standpunkt, daß angesichts der so kritischen Lage Deutschlands eine Teilzahlung, geschweige denn ein Kurzarbeit auf die Bestimmungen des Hoover-Plans, Deutschland nicht die dringend benötigte Hilfe bringe.

Belgien schließt sich Frankreich an.

Brüssel, 24. Juni. Wie nunmehr feststeht, wird Belgien Stellungnahme zum Hoover-Plan dieselbe sein, wie in Frankreich. Belgien wird nach Washington eine gleichlautende Antwort senden.

England nimmt Hoover zu.

London, 24. Juni. Der englische Schatzkanzler gab heute nachmittags im Unterhause bekannt, daß die englische Regierung den Dominien ihre zum Teil recht erheblichen Anleiheausgaben auf ein Jahr vom 1. Juli ab kündigen werde. Dies ist eine allgemein erwartete und natürliche Folge des Hoover-Memoriums, bewirkt aber außerdem, wie sicher man in England mit der Annahme des Vorschlags des amerikanischen Präsidenten rechnet.

Die Dominien schulden England etwa 7 Millionen Pfund an jährlichen Zinsen. Besonders für Australien ist der Verlust auf die Zinsabgaben eine merkliche Hilfe. Vom englischen Standpunkt ist die Erklärung Snowdens aber auch noch eine Unterbrechung der Bereitschaft, sich dem Sinn und Geist des Hoover-Vorschlags voll anzuschließen. Denn der Ausfall der Dominienanleihen ist für das englische Budget ein wirklicher Verlust und nicht, wie im Falle des Scheiterns der deutschen Zahlungen und der Abzahlungen an Amerika, ein Ausgleich auf Arbeit und Kreditseite.

Japans Zustimmung zu Hoovers Plan.

Tokio, (Funkpruch.) Man rechnet damit, daß Japan die Prüfung des Hoover'schen Vorschlags morgen beendet und nach einem Kabinettsrat in Form einer Erklärung seine „prinzipielle freundliche Zustimmung“ zum Ausdruck bringen wird. Da die Regierung keine Mitteilung über den Vorschlag erhalten hat, soll diese Form der Erklärung anstatt einer offiziellen Antwort dienen.

Amerika bleibt fest

Washington, 25. Juni.

Staatssekretär Stimson gab folgende Erklärung ab: Der Memorandumsvorschlag des Präsidenten wurde in groben und einfachen Grundlinien abgefaßt. Der Zweck war vollkommen klar, nämlich einen einjährigen Ausbruch der Last der Zahlungen zu sichern. Von diesen Grundlinien wird nicht abgegangen werden. Wir machen erhebliche Fortschritte, aber bei einer Angelegenheit, die so viele verschiedene Aspekte und Hintergründe hat, gibt es natürlich viele Details, die man nach gründlicher Prüfung und Besprechungen mit diesen Hintergründen ergötzen muß. Diese Besprechungen müssen notwendigerweise auf dem normalen Wege durch die diplomatischen Stellen und nicht durch die Presse erfolgen.

Stimson optimistisch.

Washington, (Reuter.) Staatssekretär Stimson war nach den gestern abgehaltenen Besprechungen im Weißen Haus über die Gegenüberstellung Frankreichs äußerst optimistisch. Was die Antwort Italiens zum Vorschlag Hoovers betrifft, so erfolgte diese ohne irgend welche Vorbehalte politischer Natur. Wie der amerikanische Botschafter in Rom meldet, wünscht Mussolini lebhaft die Einzelheiten des Durchführungsplanes zu prüfen.

Die Pariser Presse erhofft Verständnis bei Hoover.

Paris, 24. Juni. Die gesamte Morgenpresse beschäftigt sich mit der französischen Antwortnote, die gestern abend in Washington überreicht worden ist. Ueber den Inhalt äußert sich keine Zeitung eingehend, jedoch erklärt man allgemein, man nehme an, daß Präsident Hoover Verständnis für die Vorbehalte Frankreichs haben werde, die nur darauf hinausläufen, die Grundförmlichkeit des Hoover-Plans, den ja die amerikanische Regierung offiziell nicht kenne, voll auszuwirken zu erhalten. Man vermutet in gewissen Kreisen, daß Verhandlungen zwischen Washington und Paris schon im Laufe des heutigen Tages durch Mellon eingeleitet werden könnten.

Günstige Aufnahme der deutschen Anregung

Paris, 25. Juni.

Wie der Pariser Korrespondent des WTB erzählt, ist im Verlaufe des Ministerrates am Mittwoch über die Anregung einer offiziellen Zusammenkunft des Reichskanzlers Dr. Brüning und des Reichsaußenministers Dr. Curtius mit dem französischen Außenminister Briand und dem französischen Außenminister Briand gesprochen worden. Der Vorschlag habe eine günstige Aufnahme gefunden und werde jedenfalls praktische Gestalt annehmen, wenn er präzisiert werde.

Diese Nachricht wird durch folgende offizielle Meldung der Havas-Agentur bestätigt:

In den politischen Kreisen hat man die in der Rundfunkrede des Reichskanzlers Dr. Brüning gegebene Anregung einer offiziellen Begegnung zwischen den Regierungschefs und den Außenministern beider Länder beifolgt. Diese Begegnung ist wahrscheinlich auch im Verlaufe des Mittwochvormittags abgehaltenen Ministerrates ins Auge gefaßt worden. Die Anregung des Reichskanzlers wird, wenn sie präzisiert werden sollte, keine ungünstige Aufnahme auf französische Kreise finden.

Botschafter von Hoeck bei Briand

Paris, 25. Juni.

Botschafter von Hoeck hatte Mittwochnachmittag eine Unterredung mit Außenminister Briand.

Die Abreise Mellons nach Paris

Washington, 25. Juni.

Schatzsekretär Mellon wird Donnerstagvormittag um 11 Uhr nach Paris abreisen.

Die französische Presse über die Rundfunkrede Dr. Brünings.

Paris, 24. Juni. Die Rundfunkrede des Reichskanzlers Dr. Brüning findet in der heutigen Morgenpresse allgemeine Beachtung.

Man stellt fest, daß sie hervorragend sei und daß Außenminister Briand sich hierüber getrennt des längeren mit Botschafter von Hoeck ausgesprochen habe. Die französische Regierung begrüße sehr herzlich den Gedanken eines Besuchs der Reichsminister, sobald die Lage in Berlin ihnen eine Reise gestatte.

Veit Parisien äußert, Reichskanzler Dr. Brüning habe mit einer Kühnheit, die man anerkennen müsse und die sogar alles das, was Gullow Streilemann in diesem Sinne versucht habe, überstiege, die Anregung gegeben, daß Frankreich und Deutschland innerlich die Vergangenheit überwinden und sich entschlossen auf den Weg einer vertrauensvollen und loyalen Zusammenarbeit begeben mögen.

Journalist sagt, bevor Frankreich zu der Erklärung des Reichskanzlers Stellung nehme, müsse es wissen, was die Deutschen wollten. Sollten sie von der finanziellen Hilfe sprechen, die Frankreich Deutschland leihen könne oder von den Garantien zur Beruhigung, die sie etwa Frankreich zu geben geneigt wären? Vor allem werde in dieser Hinsicht die Aufnahme, die man in Deutschland dem französischen Gegenantrag bereiten werde, interessant sein.

Republiques meint, man müsse das Angebot Brüning's annehmen. Man müsse Deutschland freimütig sagen, daß es, wenn es den Weg der Güterleihe beschreibe und moralisch und materiell rüste, die Annahmepolitik verändere, daß es aber, wenn es moralisch und materiell abrüste, Frankreich bereit finden werde, zuerst zu einer gleichwertigen und gleichzeitigen Abrüstung zu schreiten und dann zu einer loyalen und herzlich zusammenarbeitenden wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas.

Der sozialistische Populaire erklärt, jetzt habe der Ministerpräsident Cavall das Wort. Es erscheine unmöglich, daß er sich dem Appell Brüning's verschließe. Die Lage sei zu ernst, als daß man zulassen könne, daß die Dinge sich in die Länge ziehen.

Ein Teil der Rechtspresse zeigt sich zurückhaltend. Es sagt Echo de Paris, gewisse Kreise träten dafür ein, daß Frankreich auf die amerikanische Vermittlung, um Deutschland Werkzeuge zu machen, deren moralischen Rufes Frankreich nicht einmal erhalte, verzichten möge, um direkt mit den Reichsministern zu verhandeln.